

## **Zentralrat Deutscher Sinti und Roma**

### **P R E S S E R K L Ä R U N G**

#### **Minderheitenrat der nationalen Minderheiten Deutschlands konstituiert**

In der Nordsee Akademie Leck (Nordfriesland) haben am 9. September die vier autochtonen nationalen Minderheiten Deutschland - die dänische Minderheit (SSF), der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, die Domowina - Bund Lausitzer Sorben sowie der Frische Rädj (Friesenrat) - die Vereinbarung zur Konstituierung eines Minderheitenrates unterzeichnet. Im Beisein der Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins Renate Schnack wurde der Vorsitzende des Friesenrats, Ingwer Nommensen, zum Sprecher des Minderheitenrates gewählt.

Bereits seit Anfang der 90er Jahre besteht eine gute informelle Zusammenarbeit der jeweiligen Dachverbände der nationalen Minderheiten bei der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen gegenüber Bundesregierung und Deutschen Bundestag. Mit der Formalisierung dieser Zusammenarbeit bietet sich der Minderheitenrat den Parlamentariern auch als kompetenter Partner in Minderheitenfragen an. "Die eingegangenen internationalen Verpflichtungen des Bundes zum Schutz der nationalen Minderheiten und Minderheitensprachen erfordern bei ihrer Umsetzung eine Sachkenntnis, die nur bei den Minderheitenorganisationen selbst vorhanden ist. Ohne dieses Wissen und die Erfahrung bleiben die Verpflichtungen bloßes Papier", so Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma.

Bei einem Treffen mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse sowie weiteren Parlamentariern im November in Berlin soll die Einrichtung eines ständigen Gremiums beim Bundestag erörtert werden. Die Vertreter der Minderheiten wollen die Gelegenheit nutzen, um auf das bewährte Modell des Sekretariats der deutschen Minderheit beim dänischen Parlament dem Folketing hinzuweisen.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Minderheitenrates wird in der nächsten Zeit das Drängen auf die Verabschiedung des ausstehenden Anti-Diskriminierungsgesetz zur Umsetzung der geltenden EU-Richtlinie gehören.